

Antrag INI01: Resolution: "Nie wieder" ist jetzt - Solidarität mit Israel

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 36 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

1 „Nie wieder“ ist jetzt - Solidarität mit Israel!

2 Am 7. Oktober 2023 hat die radikalislamistische Hamas ihren Überfall auf Israel mit
3 Raketenbeschuss begonnen, danach überwand sie Grenzanlagen um den Gazastreifen und
4 drang auf israelisches Staatsgebiet vor. Die Terrororganisation griff im Rahmen
5 dessen gezielt Dörfer, Städte, Kibbuzim an, verschleppte Geiseln, misshandelte und
6 vergewaltigte wehrlose Zivilist:innen. Mindestens 1.300 Menschen hat die Hamas brutal
7 getötet: Es wurden mehr Jüdinnen:Juden an einem einzigen Tag ermordet als je zuvor
8 seit der Shoa – und der Terror geht weiter.

9 In der Öffentlichkeit, in klassischen wie sozialen Medien, brachen bereits kurz nach
10 diesem Angriff weltweit Diskussionen aus. Stimmen wurden laut, die den israelischen
11 Staat für den Terror verantwortlich machen, die Angriffe der Hamas gar als richtigen
12 und notwendigen Widerstand rechtfertigen. Wir Sozialdemokrat:innen stellen uns dem
13 entschieden entgegen: Nichts rechtfertigt diesen Terror. Israel hat das Recht, sich
14 dagegen im Rahmen des Völkerrechts zu verteidigen. Israelische Zivilist:innen wurden
15 in den Gazastreifen entführt. Wir fordern die sofortige und bedingungslose
16 Freilassung aller Geiseln. Allein die Hamas trägt die Schuld an den Terroranschlägen.
17 Mehr noch: Sie missbraucht die zivile Bevölkerung im Gazastreifen heute und seit
18 Jahren als menschliche Schutzschilde. Hunderttausende Menschen sind in Gaza auf der
19 Flucht. Wir verurteilen die menschenverachtenden Methoden der Hamas in aller
20 Deutlichkeit. Auch an der Israelisch-libanesischen und israelisch-syrischen Grenze
21 wird gekämpft. Wir verurteilen die Angriffe der Hisbollah und der syrischen Milizen
22 scharf und fordern ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen.

23 Derweil ist jüdisches Leben bedroht – in Israel, Europa, Baden-Württemberg. Wir sind
24 schockiert, dass Jüdinnen:Juden immer mehr antisemitischen Beschimpfungen,
25 Gewaltaufrufen und Drohungen ausgesetzt sind. Die Zerstörung von israelischen
26 Flaggen, in Solidarität gehisst wie beispielsweise vor dem Heilbronner Rathaus,
27 nehmen wir nicht hin. Es ist inakzeptabel, wenn sich Menschenmassen in Berlin-
28 Neukölln und an anderen Orten versammeln, um die Brutalität der Hamas gegen die
29 Israelis zu bejubeln.

30 Als SPD Baden-Württemberg wehren wir uns gegen jede Form von Antisemitismus und
31 Gewalt an Jüdinnen:Juden. Wir unterstützen gemeinsam mit unseren Mitgliedern im
32 ganzen Land Solidaritätskundgebungen für Israel.

33 Wir setzen uns für den Frieden im Nahen Osten ein. Ziel muss weiterhin eine zwischen
34 Israel und den Palästinenser:innen im Einvernehmen beschlossene Grundlage für ein

35 friedliches Zusammenleben in zwei Staaten sein.

36 Wir fordern: stehen dafür:

- 37 • dass die Bundesregierung Israel die humanitäre, politische und militärische
38 Hilfe bereitstellt, die es nun braucht, um seine Bevölkerung zu schützen und
39 sich zu verteidigen.
- 40 • dass sich die Bundesregierung für einen zivilen Fluchtkorridor für die
41 palästinensische Bevölkerung einsetzt. Zivilist:innen müssen im Rahmen des
42 Völkerrechts geschützt und die Hilfslieferungen der Vereinten Nationen dort
43 ankommen, wo sie dringend benötigt werden.
- 44 • dass die Bundesregierung das angekündigte Betätigungsverbot für die Hamas und
45 das Vereinsverbot für das „Samidoun“-Netzwerk schnellstmöglich umsetzt. Dasselbe
46 muss für die „Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ geprüft werden.
- 47 • dass die Landesregierung die polizeilichen Sicherheitsvorkehrungen für
48 Jüdinnen:Juden flächendeckend, dauerhaft und in Kooperation mit den jüdischen
49 Gemeinden verstärkt, Synagogen und jüdische Einrichtungen schützt
50 beziehungsweise Schutzkonzepte erarbeitet, um gesellschaftliche Teilhabe von
51 Jüdinnen:Juden zu sichern.
- 52 • dass die Landesregierung die Versammlungs- und Polizeibehörden beim Umgang und
53 wo notwendig auch beim Verbot von Pro Hamas Versammlungen unterstützt.
- 54 • dass die Bundes- und die Landesregierung Bildungsarbeit gegen israelbezogenen
55 Antisemitismus sowie Projekte zur Völkerverständigung zwischen Israel und
56 Deutschland respektive Baden-Württemberg, insbesondere für Jugendliche, vermehrt
57 fördert.

58 Wir stehen fest entschlossen an der Seite Israels. „Nie wieder“ ist jetzt.